

abgeerntet. Die Welt hungert nach Land

INKOTA-Aktionszeitung
Welternährung
Oktober 2012

INKOTA 

Meilenstein mit Auftrag: Wie es mit den UN-Landleitlinien weitergehen muss

Hätte bei den Verhandlungen ein Verbot von Land Grabbing bewirkt werden können? Land-Expertin Claire Guffens im Interview. Seite II



Tüte mit Haken: Weshalb Bioplastik keinen „Einkauf mit gutem Gewissen“ ermöglicht

Supermärkte bieten immer häufiger Einkaufsstützen an, die zu großen Teilen aus Biomasse hergestellt sind. Dafür müssen mehr Menschen hungern – zum Beispiel in Brasilien. Seite III



Angebot mit Fallstricken: Wie Kleinbauern in Mosambik um ihr Land kämpfen müssen

Die INKOTA-Partnerorganisation ORAM hilft Gemeinden, Acker- und Weideland nicht zu verlieren. Mit Ihrer Unterstützung können die Kleinbauern die Oberhand behalten! Seite IV

„Das ist ein Konflikt zwischen Tank und Teller. Gerade bei steigenden Lebensmittelpreisen kann Biosprit zu stärkerem Hunger in der Welt beitragen“. Mit diesen Worten hat Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) im August die steigenden Nahrungsmittelpreise auf den Weltmärkten kommentiert. Damit hat er ein Argument aufgegriffen, dass Organisationen wie INKOTA seit vielen Jahren anbringen. Kraftstoffe aus Mais, Zuckerrohr, Palmöl oder Soja führen zu einer Verknappung von Nahrungsmitteln und Ackerland und tragen so zu einem Anstieg von Lebensmittelpreisen bei. Bereits 2010 musste die Europäische Union 27 Prozent ihres Bioethanol- und knapp 18 Prozent ihres Biodieselbedarfs durch Importe aus Schwellen- und Entwicklungsländern abdecken. 8,2 Prozent der Weltgetreideernte werden derzeit für die Bioethanolproduktion verwendet. In den USA verschwinden sogar 40 Prozent der Maiseernte im Tank.

Ackerland – Ein knappes Gut

Doch die „Teller vs. Tank-Debatte“ spiegelt nur eine Dimension wider, warum Ackerland zunehmend unter Druck gerät. Seit Mitte der neunziger Jahre stagniert der Anteil der landwirtschaftlich genutzten Flächen an der gesamten Landfläche und ist zuletzt sogar rückläufig. Nach Angaben der Welternährungsorganisation gehen täglich landwirtschaftliche Nutzflächen im Umfang von 20.000 Hektar durch Übernutzung oder Versalzung verloren. Weitere Ackerflächen fallen der zunehmenden Urbanisierung zum Opfer. Seit den 1960er Jahren ist die Ackerfläche pro Kopf der Weltbevölkerung um die Hälfte zurückgegangen.

Immer mehr Akteure buhlen um Ackerland

Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach Land. Immer mehr Menschen müssen ernährt werden. Bis 2050

Der neue Club der Hungermacher

Konfliktstoff Ackerland wird weltweit knapper. Auch die Industrien der Luftfahrt-, Kunststoff-, Verpackungs-, Pharma- und Kosmetikbranchen wollen ein Stück vom Biomassekuchen. Bei weltweit 870 Millionen Hungernden birgt das enormes Konfliktpotential.



Foto: narvikk/istockphoto

Schweres Gerät: Der weltweite Trend weg vom Anbau von Nahrungsmitteln hin zu mehr Biomasse-Produktion nimmt bedrohliche Ausmaße an.

wird die Weltbevölkerung um weitere zwei Milliarden wachsen. Veränderte Ernährungsgewohnheiten in vielen Schwellenländern – wie der zunehmende Fleischkonsum – tun ihr Übriges. Je nach Tierart und Fütterung sind für die Erzeugung von einem Kilogramm Fleisch bis zu zehn Kilogramm Getreide notwendig, dass für die direkte menschliche Ernährung nicht zur Verfügung steht (siehe Artikel Seite III).

Doch damit nicht genug: Mit dem nahenden Post-Erdölzeitalter buhlen neben Teller, Tank und Trog ganz neue Akteure um Ackerflächen und Agrarrohstoffe: Luftfahrt, Kunststoff-, Verpackungs-, Pharma- und Kosmetikindustrie sind auf der Suche nach einem Ausweg aus der Abhängigkeit vom schwarzen Gold. Denn der begehrte Rohstoff steckt nicht nur im Auto-, sondern auch im Flugzeugtank, in Plastiktüten, Pullovern, Computern, Kerzen, Cremes und Waschmitteln. Schon jetzt muss immer tiefer und in immer abgelegeneren Orten wie beispielsweise im ecuadorianischen Regenwald nach Erdöl gebohrt werden, um an den begehrten Rohstoff zu gelangen.

Mais und Zuckerrohr als Ausweg aus Erdöl-Abhängigkeit

Um einen Ausweg aus der Erdöl-Abhängigkeit zu finden, preisen PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und Konzerne nachwachsende Rohstoffe als

Lösung an. Landwirte sollen künftig neben Nahrungsmitteln auch Rohstoffe für die Konsumgüterproduktion liefern. Kunststoff soll aus Zuckerrohr oder Mais hergestellt werden

(siehe Artikel Seite III), Flugkerosin aus der ölhaltigen Nuss Jatropha oder aus Leindotter (siehe Artikel Seite II) und für Lippenstifte und Waschmittel soll Palmöl Verwendung finden. Der Begriff der „Biomass Economy“ – der „Biomasse Ökonomie“ – hält zunehmend Einzug in die Fachdiskussionen. Die Bundesregierung fördert diesen Trend. Im September verkündete der für Landwirtschaft zuständige Staatssekretär Peter Bleser, dass „die stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe und damit auch die Herstellung neuer Biokunststoffe ein fester Teil der Zukunftsstrategie der Bundesregierung sind“. Im Rahmen der „Nationalen Forschungsstrategie BioÖkonomie 2030“ stellt die Bundesregierung zwei Milliarden Euro Fördermittel zur Verfügung. Ein Regierungsabkommen mit den USA soll die Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Flugbenzin aus nachwachsenden Rohstoffen befördern.

Der weltweite Trend der Umnutzung von Ackerflächen – weg vom Anbau von Nahrungsmitteln hin zur

Biomasseproduktion – wird durch jüngste Zahlen der International

Land Coalition bestätigt. Danach ist seit Mitte der 2000er Jahre die Nachfrage nach Land explodiert. Immer mehr kommerzielle Akteure kaufen oder pachten Ackerland vor allem auf dem afrikanischen Kontinent. In den Jahren 2000 bis 2010 wurden weltweit Kauf-

Land Coalition bestätigt. Danach ist seit Mitte der 2000er Jahre die Nachfrage nach Land explodiert. Immer mehr kommerzielle Akteure kaufen oder pachten Ackerland vor allem auf dem afrikanischen Kontinent. In den Jahren 2000 bis 2010 wurden weltweit Kauf-

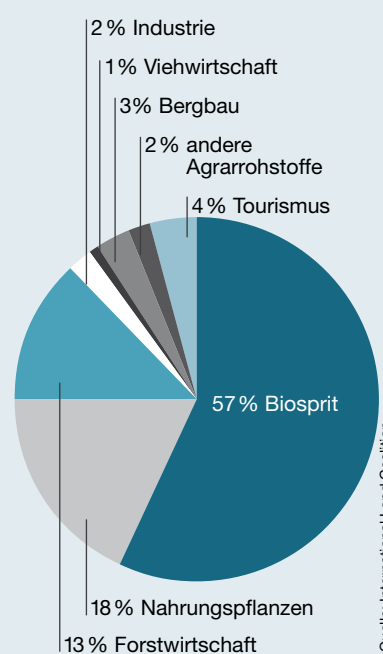
oder Pachtverträge über mindestens 70 Millionen Hektar Ackerland abgeschlossen. Auf nur 18 Prozent dieser Fläche sollen Nahrungsmittel angebaut werden. Die überwiegende Fläche ist für den Anbau von Energiepflanzen vorgesehen (siehe Graphik).

Konkurrenz um Ackerland birgt Konfliktpotential

Im 21. Jahrhundert droht die existentielle Ressource Ackerland zum Luxusgut zu werden. Die Weltgemeinschaft steht damit vor einer Grundsatzfrage: Wofür soll fruchtbares Ackerland künftig genutzt werden? Angesichts 870 Millionen Hungernder handelt es sich dabei nicht nur um eine Frage der Prioritäten der Industrienationen, sondern um eine Frage der globalen Gerechtigkeit. Der europäische Agrarkraftstoffboom hat bereits deutlich gemacht, dass der unkontrollierte Import von Biomasse gravierende Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit vieler Menschen in den Entwicklungsländern haben kann. Mit dem nahenden Post-Erdölzeitalter gründet sich ein neuer Club der Hungermacher: Der Anspruch von immer mehr Industrien auf pflanzliche Rohstoffe wird die Nutzungskonkurrenz um Ackerland weiter verschärfen, die Preise für Nahrungsmittel werden weiter ansteigen und die Zahl der Hungernden insbesondere in den Entwicklungsländern wird explodieren. Die gewaltsamen Proteste während der Welternährungskrise 2007/2008 haben einen Vorgeschmack auf das Konfliktpotential gegeben, das mit steigenden Lebensmittelpreisen verbunden ist. Deshalb ist es eine zentrale Herausforderung für die internationale Politik, als allererstes das Menschenrecht auf Nahrung sicherzustellen bevor Ackerflächen für andere Zwecke genutzt werden und der Nahrungsmittelanbau verdrängt wird.

Evelyn Bahn
INKOTA-netzwerk

Nutzung neu erworbener Landflächen zw. 2000-2010 (basierend auf 70 Millionen Hektar)



Eine Frage der globalen Gerechtigkeit: Wofür soll fruchtbares Ackerland genutzt werden?

INKOTA Hunger auf Veränderung:

Wir haben es satt, dass andere hungern! Deshalb engagieren sich bei INKOTA seit mehr als 40 Jahren aktive Menschen für eine gerechtere Welt. Wir wollen weltweit den Hunger besiegen, die Armut bekämpfen und Globalisierung gerecht gestalten!

INKOTA belebt mit gezielten Kampagnen die politische Landschaft in Deutschland und sensibilisiert die Öffentlichkeit für die Schatten der Globalisierung und den Schutz der Menschenrechte.

Wir machen uns für Arbeit in Würde, die Bewältigung der globalen Ernährungskrise und für faire Finanz- und Handelsbeziehungen in der Weltwirtschaft stark.

INKOTA unterstützt zudem Partnerorganisationen in El Salvador, Guatemala, Nicaragua, Mosambik und Vietnam – und richtet sich an alle Menschen, die im Kontext von Nord-Süd-Fragen den dringlichen HUNGER AUF VERÄNDERUNG spüren.

Mehr erfahren Sie auf unserer Webseite www.inkota.de

„Dann muss der Investor einpacken“



Clair Guffens
ist Projektleiterin
für den Zugang
zu Land

Interview Im Mai hat der UN-Welternährungsausschuss Freiwillige Leitlinien für einen verantwortungsvollen Umgang mit Landbesitz, Wäldern und Fischereiressourcen verabschiedet. Sie sollen als Instrument für eine gute Landpolitik dienen und fordern Regierungen auf, einen Landnutzungsplan zu entwickeln, der die Ernährung der Bevölkerung sicherstellt. Es wird betont, dass der Zugang zu Land insbesondere für Menschen in den Entwicklungsländern fundamental für die Einhaltung des Menschenrechts auf Nahrung ist. Claire Guffens arbeitet für die belgische Sektion der Menschenrechtsorganisation FIAN und hat die Entwicklung und Verabschiedung der Leitlinien auf internationaler Ebene intensiv verfolgt.

Die Verabschiedung der Leitlinien wird von vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen als Erfolg gefeiert. Warum?

Es ist das erste völkerrechtliche Instrument zum sehr schwierigen Thema Land. Es war ein großer Erfolg, dass dieses Instrument wirklich menschenrechtsbasiert ist. Das heißt zum Beispiel, dass auch traditionelle Rechte als Rechte anerkannt werden, was gerade für benachteiligte Gruppen – etwa von Fischern, Frauen oder Landlosen – enorm wichtig ist. Durch die starke zivilgesellschaftliche Beteiligung an den Verhandlungen ist es uns zudem gelungen, den betroffenen Menschen aus Asien oder Afrika eine Stimme zu verleihen und deren Positionen einzubringen.

Wird mit diesem Instrument der Kampf um Ackerland entschärft?

Teilweise schon. Enttäuschend ist aber, dass es nicht gelungen ist, Land Grabbing – also den großflächigen Kauf oder das Pachten von Ackerland durch Investoren unter Missachtung der Interessen der lokalen Bevölkerung – grundsätzlich zu verbieten. Die Leitlinien sehen aber dennoch eine ganze Reihe von Schutzmaßnahmen vor, um auch Land Grabbing einzuschränken und dafür zu sorgen, dass Investitionen in Ackerland zumindest nicht mit Menschenrechtsverletzungen verbunden sind.

Wie sehen diese Schutzmaßnahmen aus?

Das sind genaue Bestimmungen, wie die Vergabe von Land an Investoren erfolgen muss. Zum Beispiel wird darin ein transparentes Vergabeverfahren festgelegt, in dem die Interessen aller Betroffenen berücksichtigt werden müssen. In der Praxis bedeutet das, dass die Regierungen zunächst klären müssen, wer das Land bislang genutzt hat. Dabei müssen auch traditionelle Landnutzungsrechte berücksichtigt werden. Damit wird zum Beispiel auch sichergestellt, dass indigene Völker ihr Land nicht verlieren, selbst wenn sie nicht über einen offiziell eingetragenen Landtitel verfügen.

Werden wir mal konkret: In Mosambik sind zum Beispiel 35 Prozent der Menschen unterernährt. Heißt das, dass die mosambikanische Regierung künftig Investoren nach Hause schicken muss, wenn diese keine Nahrungsmittel anbauen?

In den Leitlinien gibt es ein ganzes Kapitel zum Thema Investitionen. Darin steht, dass Investoren beispielsweise Menschenrechte respektieren und Umweltstandards einhalten müssen. Die Leitlinien empfehlen den Regierungen, dass sie insbesondere Investitionen in kleinbäuerliche Landwirtschaft fördern sollen. In den Leitlinien steht, dass Kleinbauern am besten



In Mosambik fordern viele Menschen ihre Rechte bereits ein. Im August 2012 demonstrierten Kleinbauern und -bäuerinnen gegen Land Grabbing.

Foto: INKOTA Archiv

zur Ernährungssicherheit beitragen und dass deren Förderung die einzige nachhaltige Lösung ist, den Hunger langfristig zu bekämpfen. Wenn ein Investor in Mosambik großflächig Eukalyptus anbaut und dadurch die Rechte von kleinbäuerlichen Familien gefährdet sind, darf die Regierung das Projekt nicht zulassen. Wenn Menschenrechte verletzt werden, muss der Investor einpacken. Die Bevölkerung muss auf jeden Fall in die Entscheidung, ob der Investor willkommen ist oder nicht, einbezogen werden.

Es ist gelungen den betroffenen Menschen eine Stimme zu verleihen!

Immer mehr Akteure haben ein Interesse an Ackerland, die eigentlich gar keine Landwirte sind. Wenn zukünftig auch Kunststoffe, Kerosin, Kraftstoffe und Kosmetik aus Biomasse produziert werden sollen,

brauchen wir dann nicht verbindliche Gesetze statt freiwilliger Leitlinien für private Akteure?

Das wäre bestimmt gut, aber die Leitlinien sind jetzt erstmal ein erster Schritt.

Ich denke nicht, dass sie jemals verabschiedet worden wären, wenn sie verbindlich gewesen wären. Besser das als nichts! Die Leitlinien werden zwar ‚freiwillig‘ genannt, sie basieren aber auf international anerkannten und verbindlichen rechtlichen Instrumenten, zum Beispiel dem UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

Was muss als nächstes passieren?

Die Betroffenen müssen erstmal intensiv informiert werden, dass es dieses Instrument gibt und dass sie sich darauf gegenüber den Regierungen berufen und die Leitlinien ihnen in ihrer

konkreten Situation helfen können. Wenn das bei den Menschen angekommen ist, wird es in etlichen Fällen möglich sein, Menschenrechtsverletzungen zu verhindern und einen sicheren und adäquaten Zugang zu Land für alle zu gewährleisten. In vielen Ländern sollen Runde Tische organisiert werden, bei denen Betroffene, Regierungen und Bauernorganisationen sich austauschen, wie die Leitlinien in dem jeweiligen nationalen Kontext umgesetzt werden können. Es ist ein Prozess der jetzt erst anfängt.

„Ich unterstütze INKOTA, weil...“



Michael Defflorian,
Mitglied der INKOTA-Aktionsgruppe

...ich mich dort aktiv für eine gerechte Welt einsetzen kann. Unsere westliche Gesellschaft benötigt heute mehr Ressourcen, als sie selbst bereitstellen kann. Dadurch ist sie vor allem auf die Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Süden angewiesen. Dabei ist jede_r – ob durch Smartphone, T-Shirt oder Dönerfleisch – in dieses System verstrickt, egal ob man will oder nicht. Das kann zu einem Gefühl der Ohnmacht führen. INKOTA hat mir gezeigt, dass es möglich ist, dieser Ohnmacht etwas entgegenzusetzen. Gemeinsam öffentlich in Aktion zu treten, gibt mir Kraft, macht Spaß und erzeugt Impulse, die für gesellschaftliche Veränderungen notwendig sind. Das überzeugt mich.“

Sie wollen auch mit INKOTA aktiv werden?

Unsere Mitmach-Angebote haben wir für Sie auf unserer Webseite zusammengestellt:
www.inkota.de/mitmachen
Melden Sie sich bei uns!

Luftfahrtindustrie will auch ein Stück vom Biomasse-Kuchen

Konkurrenz Auf der Suche nach Rohstoffen für Kerosin ist Lufthansa ausgerechnet in Mosambik fündig geworden.



© Andrew W. Sieber (flickr)

Forderungen an die Politik:

- Vollständiger Abbau der Subventionen des Luftverkehrs in Höhe von zurzeit rund 11,5 Milliarden Euro/ Jahr.
- Stopp der Förderung von Bio-kerosin-Projekten, die zu einer Verschärfung der Flächenkonkurrenz und Verdrängung des Nahrungsmittelbaus führen.
- Förderung/Ausbau umweltfreundlicher Mobilitätskonzepte wie den Bahnverkehr.

Empfehlungen für VerbraucherInnen:

- Überdenken Sie ihr Mobilitätsverhalten! Nutzen Sie auf europäischen Strecken z. B. die Bahn.

Bis zum Jahr 2025 sollen dem herkömmlichen Flugbenzin rund zehn Prozent Kerosin aus nachwachsenden Rohstoffen beige-mischt werden. Das kündigte die nationale „Initiative zur Förderung alternativer Flugkraftstoffe“ (aireg) auf der Luftfahrtmesse ILA im September an. Die Testflüge mehrerer Fluggesellschaften in den vergangenen Monaten mit so genanntem Biokerosin machten deutlich, dass mit Hochdruck an Alternativen zum Erdöl geforscht wird. Lufthansa setzte 2011 für sechs Monate auf der Strecke Hamburg-Frankfurt Kerosin ein,

In Mosambik sind mehr als 35 Prozent der Menschen unterernährt

davon aus, dass allein um die Flotte der Lufthansa mit 100 Prozent Biokerosin zu versorgen, eine Anbaufläche von etwa der Größe Niedersachsens nötig wäre. Klar ist, dass die Rohstoffe für das Kerosin importiert werden müssen. „Wir gehen davon aus, dass der Großteil der benötigten Rohstoffe für

das unter anderem aus Jatropa produziert wird. Die ölhaltigen Nüsse kamen aus Mosambik, einem Land in dem nach UN-Angaben mehr als 35 Prozent der Menschen unterernährt sind. Schätzungen gehen

unser Beimischungsziel von zehn Prozent aus Regionen außerhalb Deutschlands bezogen wird“, sagte Aireg-Vorstandsmitglied Joachim Buse. Wegen der klimatisch guten Anbaubedingungen ist davon auszugehen, dass die Pflanzen zur Biokerosinproduktion in erster Linie aus Entwicklungs- und Schwellenländern importiert werden. Lufthansa räumt allerdings ein, dass es große Schwierigkeiten gibt, an die benötigten Rohstoffe zu kommen. Das hat einen Grund: Fruchtbare Ackerland wird weltweit immer knapper – gleichzeitig beanspruchen immer mehr Akteure ein Stück vom Biomasse-Kuchen.

Evelyn Bahn
INKOTA-netzwerk

Plastik vom Acker

Gefahr Immer häufiger produzieren Konzerne Kunststoffprodukte aus Biomasse – und machen damit dem Nahrungsmittelanbau Konkurrenz



Foto: INKOTA Archiv

Noch lange nicht nachhaltig: Bioplastiktüten gefährden die Ernährung der Menschen in Entwicklungsländern.

„Einkaufen mit gutem Gewissen!“ steht auf den Plastiktüten, die derzeit von der Supermarktkette KAISERS angeboten werden. Die Tragetaschen werden zu 85 Prozent aus Zuckerrohr

hergestellt und seien daher eine umweltfreundliche Alternative zu Tragetaschen aus fossilen Rohstoffen. Das Zuckerrohrgranulat für die Tüten stammt nach Angaben des Mutterkonzerns Tengelmann aus Brasilien. Doch angesichts immer knapper werdender Ackerflächen, steigender Nahrungsmittelpreise und 870 Millionen Hungernden, erscheint das Versprechen des „guten Gewissens“ als Illusion.

Entwicklungspolitische Organisationen haben wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass der expandierende Zuckerrohranbau in Brasilien zu einer Verdrängung des Anbaus von Grundnahrungsmitteln und einem starken Preisanstieg führt. Die Verdrängung des Anbaus von Reis und Bohnen hat insbesondere in Regionen stattgefunden, in denen der Zuckerrohranbau boomt. Misereor weist darauf hin, dass immer mehr Kleinbauern und -bäuerinnen sowie indigene Gruppen vertrie-

ben werden, um dem Zuckerrohranbau Platz zu machen. Tausende Familien haben dadurch bereits ihre Existenzgrundlage verloren. Tengelmann will keine Angaben dazu machen, wie viel Hektar Land für die Produktion der Plastiktüten benötigt wird und wie gewährleistet wird, dass auf den Zuckerrohrplantagen Menschen- und Arbeitsrechte eingehalten werden.

Grüne Gentechnik in Bioplastiktüten

Aber nicht nur Tengelmann verkauft Tüten vom Acker, auch ALDI und REWE hatten bereits solche im Sortiment. Die Deutsche Umwelthilfe kritisiert, dass KonsumentInnen mit der Angabe „100 % kompostierbar“ in die Irre geführt werden, da sich die Tüten in herkömmlichen Kompostanlagen

500 Plastiktüten
verbraucht jeder
Europäer pro Jahr.

nicht kompostieren lassen. Aldi und REWE würden den KonsumentInnen zudem verschweigen, dass für die Herstellung der Bioplastiktüten gentechnisch veränderter Mais verwendet wurde. Der Einsatz von Gentechnik gehe mit einem starken Einsatz von Pestiziden und Verlust an Biodiversität einher. Der Druck der Umwelthilfe war erfolgreich: Die beiden Konzerne nahmen die umstrittenen Tüten aus dem Sortiment.

Bei der Entwicklung von Bioplastiktüten kann somit noch lange nicht von grüner und nachhaltiger Produktion die Rede sein. Sie bergen für die weltweite Ernährungssicherheit zusätzlich Gefahr und verschärfen den Druck auf Ackerland.

500 Plastiktüten verbraucht jeder Europäer pro Jahr. Grund genug zu fragen, ob Plastiktüten nicht gene-

Forderungen an die Politik:

- Einführung eines generellen Verbots von Plastiktüten.
- Abschaffung staatlicher Förderung von Tüten aus nachwachsenden Rohstoffen.

Empfehlungen für VerbraucherInnen:

- Beim Einkaufen den Stoffbeutel nicht vergessen. Umweltschutz beginnt mit der Vermeidung unnötiger Produkte und Verpackungen!
- Ihr Supermarkt vertreibt Bioplastiktüten? Fragen Sie nach, ob grüne Gentechnik bei der Herstellung verwendet wurde und wie sichergestellt wird, dass Menschenrechte auf den Plantagen eingehalten werden.

rell verboten werden sollten. Wie beispielsweise in Los Angeles: Dort müssen KonsumentInnen ihre eigenen Tüten mitbringen oder Papiertüten im Supermarkt kaufen.

Juliane Kampf
INKOTA-netzwerk

Fleisch auf Kosten der Hungernden

Kommentar Wie unser Fleischkonsum Ackerland verschlingt und die Ernährungskrise verschärft

Die Menschen in Industrie- und Schwellenländern essen zu viel Fleisch. Die Deutschen zum Beispiel verzehren pro Kopf und Jahr durchschnittlich etwa 88 Kilogramm und liegen damit über dem europäischen Durchschnitt. Die Folgen für die weltweite Ernährungssituation sind fatal: Immer mehr

Ackerflächen werden für den Futtermittelanbau genutzt, es bleibt immer weniger Platz für den Nahrungsanbau. Allein in Deutschland dienen etwa 60 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Futtermittelherstellung. Über 60 Prozent der europäischen Getreideernte landet in Futtertrögen, weniger als ein Viertel des Getreides kommt auf die Teller von Menschen. Der europäische Fleischkonsum belegt nicht nur Land in Europa, sondern auch in Übersee. Insbesondere sogenannte Eiweißfuttermittel wie Soja werden aus dem außereuropäischen Ausland importiert – vor allem aus Brasilien, Paraguay und Argentinien. „Soja ist für mich wie eine Bombe. Sie zerstört unsere Lebensgrundlage“, sagt Geronimo Arevalos, ein Kleinbauer aus Paraguay. Insgesamt beansprucht Europa rund 19 Millionen Hektar Land in Übersee

für den Anbau von Soja. Allein für den Fleischkonsum der Deutschen wird auf circa 2,9 Millionen Hektar Land Soja angebaut – also auf einer Fläche, die in etwa so groß ist wie das Land Brandenburg. In den Anbauländern haben sich die Sojaplantagen in den vergangenen Jahrzehnten rasant ausgeweitet – mit der Folge, dass immer mehr Regenwald abgeholzt und arme Bevölkerungsgruppen vertrieben werden.

Neben Soja, das Deutschland zu 100 Prozent importiert, werden auch 30 Prozent des Futterweizens, 23 Prozent des Rapses und über 17 Prozent des Futtermaises eingeführt.

Dramatische Folgen für Arme

Was hat das mit der globalen Ernährungssituation zu tun? Sehr viel – denn zum einen treibt die steigende Nachfrage nach Futtermitteln (zusammen mit anderen Faktoren) die Weltmarktpreise für Getreide in die Höhe – mit dramatischen Folgen für die Armen, die ohnehin einen Großteil ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben müssen.

Zum anderen wird für die Herstellung von Fleisch wesentlich mehr

Fläche benötigt als für die Produktion von pflanzlichen Nahrungsmitteln. Während beispielsweise Kartoffelanbau auf einem Hektar Land 17 Menschen ernähren kann, werden nur zwei Menschen satt, wenn dieser eine Hektar für die Produktion von Rindfleisch genutzt wird. Das liegt daran, dass man ein Vielfaches an pflanzlichen Kalorien in Form von Futtermitteln benötigt, um eine Kalorie Fleisch zu erhalten – bei Rindfleisch zum Bei-

spiel ist das Verhältnis etwa 10:1. Bei der Umwandlung von Futterkalorien in Fleischkalorien geht also sehr viel Nahrungsenergie verloren.

Nicht alle werden Vegetarier

Die Art und Weise, wie Ackerflächen genutzt werden, spielt daher eine große Rolle für die Frage, wie viele Menschen diese Welt ernähren kann. Gerade angesichts der steigenden Weltbevölkerung ist eine auf Futter-

mittelimporten basierende Fleischproduktion letztlich Ressourcenverschwendung in einer Welt begrenzter Ressourcen. Nicht alle Menschen werden deshalb Vegetarier werden, aber eine andere Tierhaltung und eine Reduktion des Fleischkonsums sind dringend notwendig.

Julia Sievers-Langer
Agrar Koordination

Eine Reduktion des
Fleischkonsums ist
dringend notwendig

Aktion zum Mitmachen: HUNGER DURCH ARMUT.

Gemeinsam mit der Kampagne DEINE STIMME GEGEN ARMUT fordert INKOTA mit einer Unterschriftenaktion, dass bei der im nächsten Jahr anstehenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) das Recht auf Nahrung in einem eigenen Artikel garantiert wird. Deutschland hat sich verpflicht-

et, die Millenniumsentwicklungsziele der UN zu erfüllen. Dazu gehört auch die Bekämpfung extremer Armut und des Hungers. Die Reform der GAP bietet Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) die Möglichkeit klar zu machen, dass für die Bundesrepublik Menschenrechte immer noch wichtiger sind als wirtschaftliche Interessen.

Unterschreiben Sie die Forderung von INKOTA und erheben Sie ihre Stimme gegen Armut. Weitere Informationen zur Aktion und Online-Petition unter:

www.inkota.de/hunger-durch-armut
Alle gesammelten Unterschriften werden im Januar 2013 anlässlich der Grünen Woche mit einer Aktion an Ministerin Aigner übergeben.



HUNGER DURCH ARMUT VERDÄCHTIG: EUROPA

Nahrungsmittel aus europäischer Überfluss-Produktion machen mit künstlich billigen Preisen regionale und lokale Märkte in armen Ländern kaputt. Dadurch werden die

Bäuerinnen und Bauern ihrer Lebensgrundlage beraubt. Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner kann das ändern. Machen wir Druck auf die Politik: Jede Stimme zählt!

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

zeigen Sie der Welt, dass für die Bundesrepublik Menschenrechte immer noch wichtiger sind als wirtschaftliche Interessen. Sorgen Sie dafür, dass bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) das Recht auf Nahrung der Entwicklungsländer in den Gesetzen behandelt wird und einen eigenen Artikel bekommt! Bestehen Sie auf eine Beschwerdestelle, die Betroffenen offen steht.

Meine Stimme haben Sie.

Name

E-Mail

Postleitzahl

Unterschrift

Ich möchte alle zwei Monate den INKOTA-Newsletter per E-Mail erhalten.



Bitte
frei
machen

An

**Landwirtschaftsministerin
Ilse Aigner**

Adresse der Sammelstelle:

**INKOTA-netzwerk
Chrysanthemenstraße 1-3
10407 Berlin
Fax: 030 420820 - 210**

Forderungen an die Politik:

- Wirksame Anreize zur Reduzierung des Konsums tierischer Produkte
- Reduzierung des Imports von Futtermitteln durch geeignete Instrumente (z.B. Sozial- und Ökostandards)
- Förderung des Anbaus einheimischer Eiweißfuttermittel als Alternative zu Sojaimporten

Empfehlungen für VerbraucherInnen:

- Lieber wenig Fleisch essen („zurück zum Sonntagsbraten“) und dafür Bio- oder Neulandfleisch
- Ein vegetarisches Kochbuch kaufen oder einen vegetarischen Kochkurs besuchen – weniger Fleisch essen bedeutet nicht Verzicht auf Genuss!



DEINE STIMME GEGEN ARMUT

INKOTA

Wer zuletzt lacht

Landkampf Wie eine Gemeinde in Mosambik darum ringt, ihr Land unter Kontrolle zu behalten



Foto: INKOTA Archiv

Erleichterte Kleinbäuerin aus Mutapwa: Auch Amélia Jacinto ist froh, dass ihr Regulo sich an ORAM gewendet hat. Ohne den Kleinbauernverband hätte sie heute ein ernstes Ernährungsproblem.

Augusto Canhava kann wieder lachen. „Seit wir uns in einem Landkomitee zusammengeschlossen haben, geht es uns deutlich besser“, sagt der Kleinbauer aus der Gemeinde Mutapwa im Norden von Mosambik. „Dabei hatten wir eigentlich schon alles an den Konzern Lurio Green Resources verloren“, sagt der Regulo.

Regulo werden in Mosambik traditionelle Dorfchefs genannt. In dieser Funktion hat sich Augusto Canhava an die INKOTA-Partnerorganisation ORAM gewandt. Der mosambikanische Bauernverband setzt sich seit Jahren erfolgreich für die Rechte von Kleinbauern ein – auch im Distrikt Mecuburi in der Provinz Nampula, wo Canhavas Gemeinde liegt.

Doch eins nach dem anderen. Augusto Canhava lacht eigentlich gerne und häufig. Doch in den vergangenen Jahren ist es ihm beinahe vergangen. Hintergrund waren die ehrgeizigen Pläne von Lurio Green Resources (LGR) in Mosambik: Auf 126.000 Hektar Land wollte die Tochterfirma

des norwegischen Konzerns schnell wachsende Hölzer wie Eukalyptus anbauen. Zum einen um Bauholz, Energie und Zellstoff zu produzieren, zum anderen um mit den Wäldern CO₂ zu binden und so zum Klimaschutz beizutragen. Die mosambikanische Regierung hat das Großprojekt im März 2009 genehmigt.

Als Vertreter von LGR vier Monate später nach Mutapwa kamen, waren die Gespräche kurz: In anderthalb Stunden waren große Teile des Gemeindelandes an den Konzern vergeben.

Landverlust nach 90 Minuten

Das mosambikanische Landrecht sieht Konsultationsgespräche zwingend vor, wenn Investoren Gemeindeland nutzen wollen. Land ist in Mosambik in Staatsbesitz, der Staat vergibt die Nutzungsrechte. Bäuerliche Gemeinden werden im Landgesetz besonders berücksichtigt und können sich auf ihr traditionelles Nutzungsrecht berufen. Wenn Investoren das Land

nutzen wollen, müssen sie in öffentlichen Gemeindekonsultationen mit den Betroffenen verhandeln. Genau darin liegt aber häufig die Krux: Dauer, Art und Weise der Konsultation sind nicht vorgeschrieben.

So konnte es in Mutapwa passieren, dass die Gemeinde nach nur 90 Minuten einen Großteil ihres Landes an einen ausländischen Investor verloren hatte. „Das Land, das uns geblieben war, sollte praktisch von den Eukalyptusplantagen eingekreist werden“, erzählt Augusto Canhava. „Wir hätten keinen Platz mehr gehabt, um unsere Felder zu erweitern. Wo hätten unsere Kinder ihre Felder bestellen sollen?“ Dabei ist es für die rund 2.000 Einwohner der Gemeinde existenziell, dass sie Zugang zu fruchtbaren Böden haben, um Grundnahrungsmittel anzubauen. Die Pläne von LGR hätten die Nahrungssicherheit der Menschen in Gefahr gebracht. Auch die versprochenen Gegenleistungen blieben vage: LGR wollte zwar eine neue Schule in der Gemeinde bauen; wann und wie war aber nirgends festgelegt.

Ein Beispiel macht Schule

Im Jahr 2010 hat Augusto Canhava Kontakt mit ORAM aufgenommen. Der Bauernverband hat die Gemeinde zum Thema Landrechte geschult und sie bei der Einrichtung eines Komitees zur Landverwaltung unterstützt. Dieses Komitee ist Bindeglied zwischen den Gemeindemitgliedern und LGR. „ORAM hat uns erklärt, dass das Land uns gehört, welche Rechte uns als Gemeinde zustehen und wie wir sie einfordern können“, sagt Augusto Canhava.

In Mutapwa baut LGR zwar nun auf 142 Hektar Eukalyptus an. Das Gemeindeland wurde aber neu vermessen und die Flächenvergabe an LGR nachverhandelt. Alle 42 Familien, die Land verloren hatten, erhielten Ausgleichsflächen und Entschädigungen.

Das Beispiel von Mutapwa hat Schule gemacht: Auch in anderen Gemeinden haben sich Komitees

zur Landverwaltung gegründet. Alle drei Monate treffen sie sich mit Vertretern von LGR, um die Einhaltung der Verträge zu überprüfen. Auch

trocknet. Zwar liegt die LGR-Plantage etwas entfernt von den Feldern der Kleinbauern. Trotzdem besteht die Gefahr, dass sich die Wassermenge in den Flüssen verringert, der Grundwasserspiegel absinkt oder das Wasser durch den Einsatz von Pestiziden verseucht wird.

Am Ende stellt sich somit eine grundsätzliche Frage: Wie sinnvoll sind Projekte unter dem Deckmantel des Klimaschutzes, wenn sie potenziell die Lebensgrundlage der Kleinbauern gefährden?

Christine Wiid
INKOTA-netzwerk

Lesen Sie auf www.inkota.de/wer-zuletzt-lacht einen ausführlichen Bericht über den Kampf der Gemeinden in Mosambik um ihr Land.

Unterstützen Sie die Arbeit von ORAM: Ihre Spende für die Kleinbauern in Nordmosambik! www.inkota.de/spende

für die Komitees untereinander sind die Treffen wichtig, um gemeinsame Positionen gegenüber dem Investor durchzusetzen.

Lebensbedrohliche Projekte

Doch viele Fragen sind noch offen: Wird LGR die Plantagen weiter ausweiten? Wie werden die Gemeinden in zukünftige Pläne einbezogen? Hinzu kommen die Risiken: Eukalyptus ist eine Pflanze mit hohem Wasserverbrauch, die den Boden schnell aus-

Noch nicht satt? Mehr Futter für's Hirn finden Sie in den INKOTA-Angeboten

INKOTA-Materialien

Vom Aktionshandbuch bis zum Nord-Süd-Magazin Südlink – in unserem Webshop gibt es viele interessante Publikationen: www.inkota.de/webshop

INKOTA-ReferentInnen

Sie wollen in Ihrer Stadt eine Informationsveranstaltung zum Thema Land Grabbing organisieren? Sie wollen mehr über die Nutzung von Land für Biomasse wissen? Unsere ReferentInnen kommen gerne zu Ihnen und beantworten Ihre Fragen, stellen Aktionsmöglichkeiten vor und diskutieren mit ihnen, was getan werden kann. Rufen Sie uns an oder schreiben Sie eine E-Mail an: inkota@inkota.de.

INKOTA-Webseite

Immer auf dem aktuellsten Stand, was entwicklungspolitische Themen und Neuigkeiten bei INKOTA betrifft: www.inkota.de

INKOTA-Newsletter

Mit-Mach-Aktionen, Veranstaltungstipps, Stellenangebote – mit dem INKOTA-Newsletter sind Sie über unsere aktuellen Kampagnen

und Projekte informiert und haben immer wieder die Gelegenheit, selbst aktiv zu werden. Neugierig? www.inkota.de/newsletter

Social Media

Wer sein Wissen gerne schnell mit vielen FreundInnen, Bekannten und KollegInnen teilt, oder mit uns in einen Dialog treten will, kann uns auch bei Facebook und Twitter folgen. Teilen, liken und kommentieren Sie unsere Beiträge!

Spenden Sie für INKOTA

Eine unabhängige Stimme braucht eine unabhängige Finanzierung! Wir möchten Sie weiter informieren und mit ihnen den Druck erhöhen und noch mehr Menschen mobilisieren. Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung:

Kontoinhaber:
INKOTA-netzwerk e.V.
Spendenkonto-Nr.: 155 500 00 10
BLZ: 350 601 90 (KD-Bank)
www.inkota.de/spende

Jede Spende hilft!



Bestellformular

Hiermit bestelle ich gegen Versandkosten:

- Anzahl
- Unterschriftenlisten „Hunger durch Armut.“
 - Aktionszeitung „Die Welt hungert nach Land“ (vorliegend)
 - INKOTA-Infomappe Weiternahrung mit elf thematischen Infoblättern (0,50 €)
 - INKOTA-Dossier „Ernährung Global“ (2011) (2,50 €)
 - INKOTA-Brief „Die neue Landnahme“ (2010) (3,50 €)
 - Attac-Basistext „Land Grabbing – Globaler Wettlauf um Ackerland“ (2012) (7,00 €)

Weitere Materialien finden Sie im INKOTA-Webshop:
www.inkota.de/material

Ich möchte alle zwei Monate den INKOTA-Newsletter per E-Mail erhalten.

Name

Adresse

E-Mail

Formular zur Fördermitgliedschaft:

Ja, ich möchte INKOTA-Fördermitglied werden.

Ich leiste einen Förderbeitrag in Höhe von 5€ 10€ 20€ oder € im Monat.
(Der Mindestbeitrag beträgt 5 Euro pro Monat, ermäßigt 2,50 Euro)

Meinen Förderbeitrag zahle ich bequem per Lastschrift (Einzugsermächtigung senden wir Ihnen zu)
 per Dauerauftrag/Überweisung auf das Konto des INKOTA-netzwerks KD-Bank, BLZ 350 601 90, Kontonummer 155 500 0010

Name

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Telefon

E-Mail

Unterschrift

Das DZI-Spendensiegel bescheinigt INKOTA einen sparsamen und transparenten Umgang mit Spendengeldern.



Impressum

Herausgeber:

INKOTA-netzwerk
Chrysanthemenstraße 1-3
10407 Berlin
www.inkota.de
inkota@inkota.de
Telefon: 030 – 42 08 20 20
Fax: 030 – 42 08 20 210

Redaktion:

Evleyn Bahn (V.i.S.d.P.)
Maximilian Knoblauch, Simone Katter
Gestaltung/Reinzeichnung:
www.bertramsturm.de

Druck:

TAZ, Oktober 2012
Auflage: 95.000



Mit finanzieller Unterstützung durch



Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.